



# Stettiner

# Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 8. Oktober 1881.

Nr. 468.

## Deutschland.

Berlin, 7. Oktober. Die Verhandlungen des in Chur stattgehabten sozialistischen Weltkongresses sind nach den Berichten schweizer Blätter zu schließen, ohne besondere Leidenschaftlichkeit geführt worden. Die Delegirten haben sich begnügt, über den Stand der Sozialdemokratie in den von ihnen vertretenen Ländern zu referieren; sie beschleißt sich dabei offenbar einer maschinen Sprache und suchten mit wenigen Ausnahmen Alles zu vermeiden, was sie als Anhänger der Sozialrevolutionäre oder Anarchisten hätte kennzeichnen können. Man hat selbst vermieden, den Sitzungssaal mit der Lieblingsfarbe der Sozialisten, dem dunklen Roth, zu schmücken.

Der Vorschlag Radon's, der Kongress sollte die Bildung einer schlagfertigen Revolutionsarmee beschließen, um eventuell die erlangte Macht behaupten zu können, wurde allseitig als lächerlich und verderblich bezeichnet. In der am 5. d. abgehaltenen Schlusssitzung wurde die Frage bezüglich eines gemeinsamen Manifests an die Arbeiter aller Länder mangels Vorarbeiten verschoben, dagegen folgende von einer viergliedrigen Kommission ausgearbeitete Resolution angenommen:

"Der Kongress ist der Ansicht, daß der Augenblick zur Ausarbeitung eines Manifests noch nicht gekommen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Arbeiterparteien befinden sich gegenwärtig in voller Krise, die einen, wie Frankreich, Belgien, der Schweiz, Hollands und Dänemarks sind davon, sich zu organisieren, die anderen, wie in Deutschland, Österreich, Italien, sind im Kampfe gegen die Repressalien ihrer Regierungen, während die Bewegung in Russland Angestößt der Ausnahmestellung, in der sich unsere Brüder befinden, noch nicht aus der Phase der Verschwörung hinauskommen können. Ferner ist die neue Bewegung, welche der internationalen Arbeiter-Assoziation gefolgt ist, noch zu jung und ungleich entwickelt, um ein allgemein gültiges detailliertes Programm aufzustellen. Endlich sind die ökonomischen und politischen Beziehungen in den einzelnen Ländern noch nicht gleichartig genug. Unter solchen Umständen ist es unmöglich, allen internationalen Arbeiterparteien allgemein gültige, bestimmte Verhaltungsmaßregeln auf wissenschaftlicher Basis vorzuschreiben; die moderne Wissenschaft und die ökonomischen Thatsachen haben jedoch die Grundlagen einer gemeinsamen Tätigkeit klar gelegt. Diese können in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

In der modernen Gesellschaft sind die Interessen entgegengesetzt und finden ihren Ausdruck im Klassenkampf; daher ergiebt sich für die Gemeinsamkeit der Ausgebauten die Notwendigkeit, sich gegenüber den Bourgeoisparteien als besondere Klassenpartei zu organisieren. Die Verschiedenheit der Beziehungen bringt uns in die Lage, alle Kampfmittel je nach Umständen anzunehmen, wie Stimmzettel, Streik, Reformen, Revolution und im Falle der Notwehr sogar Verschwörung, wie z. B. in Russland.

Da andererseits die Zeit der Utopisten vorbei ist und die heutigen Sozialisten, die sich wissenschaftlich unterrichten wollen, die Pflicht haben, die Lage und die historischen und politischen Bestrebungen ihres betrüffenden Volkes zu studiren und so gut als möglich den Charakter ihrer bestreiterischen Tätigkeit zu bestimmen, steht der Kongress fest, daß die nächsten allgemeinen Ziele folgende sind:

1) Die volle körperliche und geistige Erziehung der Individuen auf Kosten der Gesamtheit; 2) Die Übersführung der Produktions- und Verbrauchsmitte in Gesamtzentrum; 3) den vollen Reinertrag der Arbeit für jeden Arbeiter; 4) der Kongress anerkennt, daß in der nächsten Zeit die Arbeiterparteien sich werden verständigen können über die Abschaffung eines gemeinsamen Manifests und fordert sie daher auf, Vorschläge für den nächsten internationalen Kongress, dessen Organisation der französischen Arbeiterpartei anvertraut wird, auszuarbeiten."

Über einen während des Kongresses wiederholt aufgekauften Zwist zwischen den polnischen Delegirten, von denen der galizische Vertreter Unterstützung und Anschluß an die national insurrektionelle Agitation wünscht, während die Vertreter von Russisch- und Preußisch-Polen erklären, daß die Arbeiter noch stets von Adel und Bourgeoisie verrathen worden seien, geht der Kongress zur Ta-

gesordnung über mit der Motion, daß der Kampf für Befreiung der Arbeiter ein Klassen- und kein nationaler Kampf sei.

Das französische Ministerium (Ferry) fühlt sich in Folge der Misere in Afrika nicht mehr sicher, es fürchtet ein Misstrauensvotum von der Kammer, und der "Temps" muß den Entschluß der Herren verkünden, daß sie etwa zehn Tage vor dem Zusammentritt der Kammern ihre Enthaltung nehmen werden, damit zum 28. Oktober das neue Kabinett konstituiert sei.

Die allgemeine Ansicht geht nun dahin, daß Grey Herr Gambetta mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt werde. Bei unsereits gegen einstweilen noch bescheidene Zweifel, daß Gambetta diesen Auftrag annimmt. Denn wir halten den "Dauphin" der Republik trotz aller und allem für viel zu klug und — zu schlau, daß er sich nicht sagen sollte, er werde nur für seine intimsten Gegner arbeiten, wenn er vor der Zeit in das Kabinett eintrete. Dass seine Zeit noch nicht gekommen ist, d. h. daß Grey ihm nicht früher weichen wird, als das Septennat abgelaufen ist, davon hat er vor den Wahlen mehr als genügende Beweise entgegennehmen müssen. Grey bleibt und Gambetta müßte, wenn er jetzt in das Kabinett treten würde, sich ebensowohl Grey wie der Kammer fügen. Es ziehe das für ihn auf der einen Seite auf einen großen Theil des Einflusses verzichten, den er bisher in der Stellung eines Kammerpräsidenten hat ausüben können und andererseits seine besten Kräfte dem parlamentarischen Regime opfern. Das letztere würde ihn ebenso ausbrauchen, wie es die Waddington, die Freycinet und wie sie alle hießen die französischen Minister der letzten Zeit aufgebraucht hat.

Etwas Besseres aber könnten sich ja die Feinde Gambetta's gar nicht wünschen! Sehr bemerkenswert und zugleich für unsre Ansicht zu sprechen scheint uns der Umstand, daß die "Rep. fr." bis jetzt das Projekt der Bildung eines neuen Kabinetts vor Eröffnung der Kammern mit keinem Wort erwähnt. Andere ganz britische Blätter befürchten das Projekt geradezu.

Der "Pol. Kor." meldet man aus St. Petersburg, daß in dortigen politischen und laufmännischen Kreisen verbreitete Gerüchte, daß im russischen Grenz-Zollverfahren im Sinne der aus Deutschland mehrfach geäußerten Wünsche demnächst verschiedene Erleichterungen und Vereinfachungen eingeführt werden sollen.

Die Unterhandlungen, welche seit längerer Zeit zwischen der Petersburger Regierung und der österreichischen Kurie geführt wurden, sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die "Italie" macht darüber folgende Mitteilungen:

"In Folge der speziellen Zusammenkunft der russischen Diplomaten, Herrn Mossoloff und Butenoff, mit dem Kardinal Jacobini in Gegenwart der Substituten des Staatssekretärs und des Sekretärs der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, stellte die Präliminarien

der Verhandlungen zwischen dem heiligen Stuhle und Russland zu Ende geführt. Der Ideenaustausch war von beiden Seiten so vollständig wie möglich und es handelt sich jetzt für die Herren Mossoloff und Butenoff nur mehr um die definitiven Weisungen ihrer Regierung. Sie breiten sich vor, zu diesem Zweck nach Petersburg abzureisen, von wo sie vermutlich vor Ende November zurückkommen werden."

Aus Paris vom 5. schreibt man der "N.-Z." von vorzüglich informierter Seite, thwrtweise im Widerspruch mit anderweitigen Mel-

ditionen:

Bezuglich der inneren Lage tauchen täglich neue Kombinationen auf, namentlich was den Eintritt Gambetta's in das Ministerium betrifft. Bis zur Stunde weiß noch Niemand, die höchstenheden Persönlichkeiten nicht ausgenommen, wie der Verlauf sich gestalten wird. Als die natürliche Lösung wird angesehen — und es ist das auch Präsident Grey's Auffassung —, daß gleich nach Eröffnung der Kammern ein Vertrauensvotum für das alte Kabinett gefordert wird, und da die Majorität dies unzweifelhaft ablehnt, also dann Gambetta mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werden würde. Eine Kombination Gambetta-Ferry scheint undenkbar. Im Publikum ist die Stimmung für Gambetta eine sehr getheilt; man glaubt, daß er nicht allzu lange an der

Spitze des Kabinetts bleiben dürfte. Das Vor gehen der Intranten gegen Gambetta wird, so unliebsam dies auch Gambetta ist, doch zu einem Prozesse führen. Man erzählt, daß Roustan weniger durch finanzielle Operationen als durch seine Beziehungen in Tunis zu der Frau eines dortigen Generals stark kompromittiert ist. Welcher Zusammenhang zwischen Roustan und Gambetta existiert, ist nicht festzustellen; wohl aber wird behauptet, daß Gambetta auf Grund früherer Angelegenheiten, die er jetzt auftauchen zu sehen sucht, die öffentlichen Verhandlungen scheut.

In den ultramontanen französischen Blättern taucht das dem Papst Leo XIII. zugeschriebene Projekt, Rom zu verlassen, von Neuem auf. Beim Empfang einer Deputation, welche dem Papst anlässlich der Jahrfeier des Heiligsteins über die Annexion von Rom eine Adresse überreichte, hat Leo XIII., wie dem "Figaro" gemeldet wird, eine Ansprache gehalten, in welcher er sich über das erwähnte Projekt äußerte. Er soll erklärt haben, daß, falls die Revolution ihr Werk fortsetzte, er sich vielleicht gezwungen sehen würde, Rom zu verlassen, „nicht um seine Person zu schützen, sondern um die Unabhängigkeit und Würde des Pontifikates zu wahren.“ Zugleich veröffentlicht der offizielle "Monitor" seitsame Mitteilungen, die er selbst als eine von ihm begangene Indiskretion bezeichnet. Es handelt sich um die geheimnisvolle Wegschaffung von Gegenständen, welche dem apostolischen Palast angehören. Unter dem Schleier der Nacht und zwielichtselbst am Tage verlossen die reichbeladenen Wagen den Balkan und begeben sich durch den Borgo nach der österreichischen Vorstadt, wofür dann der Inhalt aufbewahrt wird. Wie dem "Monitor" weiter berichtet wird, handelt es sich mehr um wertvolle Papiere, welche vielleicht den geheimen Archiven des Basilans entnommen sind, als um Kunstsäcke oder Wertgegenstände.

Es wäre immerhin möglich, daß der Papst durch seine unversöhnliche Umgebung im Hinblick auf die Vorgänge, die sich bei der Überführung des Petrus' Pius' IX. nach San Lorenzo abspielten, derartig in Schrecken gesetzt worden ist, daß er sich in der That von Seiten der Buzenzi des Schlimmsten versteht, wie wenig begründet auch diese Beschlüsse sind. Andererseits erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Leo XIII. sich durch das Verlassen Roms gerade dem unerträglichen Joch entledigen möchte, wie das ihm die Unversöhnlichkeit des Basilans auferlegen. Bis auf Weiteres muß man jedoch annehmen, daß die Ausführung des angeblichen Projekts selbst noch in blauer Ferne liegt, und daß es sich zunächst nur um eine Pressehandelt, welche auf das italienische Gouvernement und noch mehr auf die europäischen Regierungen ausgedehnt werden soll. Der "Figaro" verläßt diese Absicht deutlich genug, indem er hervorhebt, daß die erste Maßregel unzweifelhaft nicht nahe bevorstehend sei, daß man aber in der Ansprache des Papstes mindestens eine dem Italienschen Gouvernement ethische Warnung sowie einen an alle katholischen Staaten gerichteten Appell erblieben wäre, da es den Letzteren obliege, den moralischen Frieden ihrer Untertanen zu sichern. Was nun die Stellung des italienischen Gouvernements gegenüber einer eventuellen Nebenstädte des Papstes anlangt, so würde dasselbe nur der fast allgemeinen Volksstimme Ausdruck geben, wenn es diese Veränderung mit leichten Herzen vor sich gehen ließe. In Rom selbst ist man den Vorgängen im Balkan gegenüber ziemlich skeptisch, ja man unterschätzt sogar vielleicht, wie die jüngsten Municipalwahlen gezeigt haben, die Bedeutung der Kleinstädtler. Sicher ist aber das Eine, daß die weit überwiegende Zahl der am politischen Leben Italiens teilnehmenden Bevölkerung die Bestätigung des Basilans und des Laterans, sowie die thätzliche Aufhebung der Garantiegefeße mit Freuden begrüßen würde. Jedenfalls würden die Römer das Scheitern des Papstes mit größerem Gleichmut aufnehmen als die Provokationen, durch welche die Kleinstädtler bei der Überführung des Petrus' Pius' IX. die Entrüstung aller Freunde der neuen Ordnung hervorriefen.

Seit Beginn der französischen Expedition nach Tunis hat die Pforte auffallend freundliche Beziehungen zu Spanien angelockt; der Sultan hat dem König Alfons den Medjidie Orden in Villanueva verliehen und sich bewogen gefunden, trotz der höchsten Finanznot, in der sich die Tür-

kei befindet, in Madrid eine türkische Gesandtschaft zu errichten, an deren Spitze Sermet Effendi, welcher dem Könige die Insignien des Ordens überbringt, verbleiben soll. Die türkische Diplomatik verfolgt bei diesen, Spanien gegenüber beobachteten Aktivitäten offenbar den Plan, Frankreich zwischen drei Widersacher seiner nordafrikanischen Politik und seiner Expansionslust im Mittelmeer einzukreisen. So wie England im Osten des Mittelmeers, Italien in dessen Centrum, so ist Spanien im Westen desselben der natürliche Gegner und Konkurrent Frankreichs im Betreff des Strebens nach maßgebendem Einfluß. Die Pforte, welche selbstredend die Zügel der islamitischen Reihe in Nordafrika nur in ihren eigenen Händen vereint sehen möchte, sucht nun die Eisernen und den Nied der drei Widersacher der französischen Republik zu nähern. Die Urheberschaft der jürgst lancierten, doch nie recht ernst genommene Idee, daß allenfalls Spanien mit der militärischen Befreiung Egypts zu betrauen wäre, ist, wie man in diplomatischen Kreisen Vera's verfügt, auf die Umgebung des Sultans zurückzuführen. Man wünscht Spanien zu schmeicheln und seinen Ehreiz zu erregen. An diesen Maßnahmen ist man stolz, wird der "Pol. Kor." aus Konstantinopel "von besond. Takt" geschrieben, am Vocepas das spanisch-türkische Verhältnis.

Die "Times" fühlt sich angestellt der abfälligen Urtheile, welche ihre eigenen und die Ausführungen ihres Korrespondenten bezüglich der egyptisch-türkischen Frage in Europa hervorgerufen haben, zu einer Art Wideruf veranlaßt, indem sie in ihrem heutigen Beitrag Artikel sich dagegen zu vertheidigen sucht, daß sie etwas anderes behauptet habe, als daß Veränderungen in Vertheilung der Macht und des Einflusses am Mittelmeer bevorstehen und daß es wünshenswerth sei, Englands Interessen auf der nach Indien führenden Straße, welche von vitalem Wichtigkeit für die Existenz des Reiches sei, durch eine klare Politik im Betreff Egypts sich zu stellen. Dies als gleichbedeutend mit dem Vorschlage einer Theilung der Türkei darzustellen, sei mehr als ein Missverständnis und widerstreite den Thatsachen. Wer auch immer der geistige Urheber der in Rede stehenden Artikel gewesen, mag er am Downinghousequare oder in Downingstreet zu suchen sein, jedenfalls hat er aus der Aufnahme, welche die darin enthaltenen Ansichten allerorten gefunden, ersieben, daß die Zeit noch nicht da ist, um kurzer Hand mit der Türkei tabula rasa zu machen. Als ballon d'essai haben die "Times"-Artikel ihre Schuldigkeit gethan. In Konstantinopel hat Lord Dufferin sich bereit, der Pforte begreiflich zu machen, daß dieser Artikel durchaus nicht inspirirt sei und nichts derjenigen Politik Englands so fern liege, als ein solches Ziel.

## Russland.

Petersburg, 5. Oktober. In der Nacht auf den 29. September wurden in der Konstantinowschen Militärschule über 20 Zöglinge verhaftet, die nihilistische Untiefe verdächtig sind. Man fand in den Matrosen zahlreiche Proklamationen der nihilistischen Partei. Die Konstantinowsche Militärschule hat einen zweijährigen Lehrkursus; die Zöglinge kommen von da als Infanterie-Offiziere zur Armee. Da mehrere Schüler (Anfangs nur zwei) verdächtig waren, wurde die Untersuchung vorgenommen. Einem Schüler gelang es noch während der Untersuchung, im Waterkloset kompromittirende Papiere zu verbrennen, bevor er verhaftet wurde.

Petersburg, 6. Oktober. Das "Journal de St. Petersburg" schreibt: Indem wir uns an die offiziell bekannt gegebenen Erklärungen von Staatsmännern halten, glauben wir, daß die Aufrechterhaltung des Status quo im Orient und des Friedens in der Welt deren wahres und alleiniges Bestreben ist und daß, wenn bezüglich Egypts oder anderweitig Schwierigkeiten entstehen sollten, man dieselben durch das Einvernehmen der Mächte und nicht durch Abenteuerlichkeiten lösen würde von der Art, wie solche neulich die "Times" predigte.

## Provinziales.

Stettin, 8. Oktober. Die Herren Pfeist und Weyer erlassen in dem Genzenjohn'schen General-Anzeiger eine sogenannte Erklärung auf unsern Artikel. Die Herren versetzen uns Rückstic-

lostigkeit, Entstellung, karikaturmäßige Verzerrung und ein Vochen auf Unfehlbarkeit vor. Darauf nur ein paar Worte.

Der Konflikt ist entstanden zwischen den Herren Piest, Weyer und dem Herrn Dr. G. Graßmann im Vorstande des Schuhvereins für Hausbesitzer in Folge von Anträgen des Herrn Piest, welche Herr Dr. Graßmann bekämpft zu müssen gäubte. Die Herren Piest und Weyer haben sich demnächst brieftisch an Herrn R. Graßmann gewandt und eine öffentliche Erklärung gefordert, daß sie keine Verantwortlichkeit für seine Blätter trügen. Unser Artikel ist die Antwort darauf gewesen. Herr R. Graßmann hat kein Wort mit den Herren verhandelt. Was nun die einzelnen Vorwürfe, und zwar zunächst die Nüchternlosigkeit betrifft, so vergessen die Herren Piest und Weyer, daß nicht wir, sondern die genannten Herren selbst, den bisher latenten Konflikt in die Öffentlichkeit getragen wünschten. Das diesbezügliche Schreiben der Herren Piest und Weyer liegt bei uns zu Jedermanns Einsicht auf. Die Nüchternlosigkeit liegt daher lediglich auf Seiten der Herren Piest und Weyer.

Was ferner die behauptete Entstellung und karikaturmäßige Verzerrung der Ab- und Anstalten der Herren Piest und Weyer in unserer Darstellung anlangt, so sind wie in der Lage, die Wahrheit unserer Darstellung schwarz auf weiß beweisen zu können.

Am 12. und 13. September hat der Verband der haus- und städtischen Grundbesitzer Deutschlands in Wiesbaden einen allgemeinen Verbandsstag abgehalten. In der Tagesordnung, welche gedruckt in unserm Bureau zu Jedermanns Einsicht offen liegt, beantragt nun der genannte Schuhverein Stettin

Einführung allgemeiner und geheimer Stadtverordnetenwahlen, so zwar, daß die Grundbesitzer unter sich die Hälfte wählen. Referent: Herr Piest;

und ferner Ausdehnung des Pfandrechts des Vermieters auf die vom Miether inserirten und leihweise besessenen Mobilien. Referent: Herr Piest.

Die Herren Piest und Weyer beantragen hiermit also, daß dem einzigen Stande der Hausbesitzer in den Stadtverordneten-Versammlungen mindestens die Hälfte, d. h. also damit auch die Majorität über alle andern Stände und die unbedingte Herrschaft über diese in den Stadtverordnetenkonsilien zugewandt werde, oder mit anderen Worten, daß die andern Stände sämtlich unter die kommunale Botmäßigkeit des alleinigen Hausbesitzerstandes gebracht werden sollen. Sie beantragen hiermit, daß die Hausbesitzer das Pfandrecht auch auf die nur durch Leihkontrakt besessenen Mobilien haben sollen und schädigen damit die Interessen aller Tischler und sonstigen Handwerker, welche bis jetzt Möbeln, Nähmaschinen u. s. w. auf Leihkontrakt verkauft, auf das Empfindlichste. Niemand kann uns verdenken, daß wir unsererseits vergleichende Anträge, welche den hiesigen Hausbesitzerstand in den ärgsten Misskredit bei seinen Mitbürgern zu bringen gegeben haben, nicht mitzunehmen wünschen, ja daß wir die Gelegenheit hoch willkommen hießen, auch unseren Mitbürgern die Augen über diese bisher nur im Stillen verfolgten Plane der Herren Piest und Weyer zu öffnen. Nicht wie sind es, die so die Herren Piest und Weyer „jetzt bei den Reichstagswahlen in den Augen ihrer Mitbürgen die Kreidit“; sondern die genannten Herren selbst sind es, welche durch ihre über alles Maah hinausgehenden Anträge sich selbst in diesen Misskredit bringen.

Dah solle Anträge, welche ausschließlich ein völlig selbstsüchtiges Interesse nur eines Standes auf Kosten aller andern verfolgen, und welche die Miether in kommunaler Hinsicht gänzlich von der Gnade einiger Ultra's der Hausbesitzer abhängig machen wollen, allerdings bei einer Reichstagswahl in den Augen der Wähler die Antragsteller kompromittieren, wollen wir unsererseits nicht bestreiten. Wir wollen selbst den Herren Piest und Weyer zugeben, daß vergleichende Anträge, wie die von Herrn Piest in Wiesbaden, zu Gunsten nur eines einzigen Standes gestellten, völlig karikaturistisch auf ein vernünftiges Staatsleben ständen, welches eben das Wohl aller Stände verfolgen soll, sowie daß diese Anträge wieder einmal Stettin vor ganz Deutschland bloßgestellt haben.

Wir unsererseits haben die Herren Piest und Weyer genug gewarnt. Unser Dr. G. Graßmann hat in den Vorstandssitzungen des genannten Vereins diese Anträge auf das Entschiedenste bekämpft, Herr Piest und Herr Weyer sind aber von der Verfolgung der selbstsüchtigen Interessen des Hausbesitzerstandes unter Schädigung aller anderen Stände nicht abzubringen gewesen. Wenn Herr W. Weyer jetzt einige alte Schlagworte unserer Gegenpartei, von der „Unfehlbarkeit des Herrn Graßmann, von der haarsäubenden Behandlung u. s. w.“ aufwärmst, wohl wissend, daß Herr R. Graßmann gar nichts in der Sache gehabt hat, so können wir dies ruhig ertragen. Je ärmer die Leute an Gedanken, um so lieber greifen sie zu banalen Phrasen. Herr Weyer hat daher aus halbvergessenen Artikeln des „General-Anzeigers“ eine kleine Anleihe gemacht. Haben dieselben uns und der Bürgerpartei damals nicht geschadet, so werden sie uns auch diesmal nichts thun. Zudem verstanden es unsere Gegner besser,

Herr Weyer ist nur erst Schüler. Sprachen unsere Gegner doch bloß von der Unfehlbarkeit des anerkannten Parteihauptes, des Herrn R. Graßmann, während Herr Weyer dieses ein wenig ungeschickt auf unsern jüngeren Herrn Graßmann anwendet; denn eben nur mit diesem besteht der Konflikt. Wir unsererseits überlassen es jedem selbst zu urtheilen, wo die Selbstverständlichkeit liegt, ob auf Seiten unseres Dr. G. Graßmann, der das Wohl aller Stände gegen die übermäßigen Ansprüche einiger Ultras der Hausbesitzer vertritt, oder ob auf Seiten der Herren Piest und Weyer, welche die Welt nur von ihrem eigenen Standpunkte, dem Standpunkte des Hausbesitzers aus, regiert wissen möchten.

— Die Fischer Th. Schütz, A. Vergien, J. Biedenweg, F. Biedenweg, L. Kasch und H. Kasch aus Koserow haben am 25. Juli d. J. zwei Körnerwerder Fischer, welche mit ihrem Boot auf der Ostsee gekentert waren, vom Tode des Ertrinkens gerettet und die Fischer Karl Krüger und Wilh. Wolff zu Ahlbeck, Kreis Usedom-Wollin, haben am 20. Juli d. J. in der Ostsee 2 Personen, deren Boot durch einen Gewittersturm gekentert war, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreudlichen Handlungen werden von der königlichen Regierung mit dem Bewerber zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß den Rettern eine Geldprämie bewilligt worden ist.

A Kunst und Literatur.  
Theater für heute. Stadttheater: „Die Karlschüler.“ Schausp. 5 Alten.

### Vermischtes.

— Über die Arbeitskraft und Ausdauer des Kaisers Wilhelm spricht sich ein Mitarbeiter der „Essener Zeitg.“, welcher während der schleswig-holsteinischen Manövretage in unmittelbarer Nähe Sr. Majestät verweilte, mit großer Bewunderung aus. In Ithoe stand der Kaiser Morgens regelmäßig um 6 Uhr auf und war mit der Toilettepunkt  $6\frac{1}{4}$  Uhr fertig. Die Bequemlichkeit von Schlafrock und Pantoffeln kennt der Monarch noch heute nicht. Es werden vielmehr sofort die Stiefel angezogen und diejenigen Kleidungsstücke angelegt, welche für den zunächst folgenden Theil des Tages erforderlich sind. Um  $6\frac{1}{4}$  Uhr nimmt der Kaiser den Kaffee ein und begiebt sich dann sofort an die Arbeit, die in der Erledigung der laufenden Regierungsgeschäfte besteht. Wer einmal in der Lage gewesen ist, den Stoff von Briefen zu sehn, die Majestät persönlich durchschaut, mit Marginalbezeichnungen, Unterschrift ic versteht, der wird wissen, eine wie saure Arbeit des Monarchen an seinem Schreibstube wartet. Um  $8\frac{1}{2}$  Uhr bestieg der Kaiser den Wagen, um zum Parade- und Manöverfelde zu fahren. Auf dem Rendezvousplatze angelommen, stieg er sofort zu Pferde, um dasselbe erst nach vier oder fünf Stunden wieder zu verlassen. Dabei beobachtete er die Operationen der Truppen mit eingehendstem Interesse, ließ sich von einzelnen Herren seiner Suite, namentlich von dem General-Feldmarschall v. Moltke, eingehende Erläuterungen geben und versammelte schließlich die zur Kritik bestimmten Offiziere zu längerer Berathung um sich. Ein charakteristischer Zug, wie der Kaiser über die Ertragung der Manöverstrapazen denkt, soll hier nicht verschwiegen werden. Es war am 15. September beim Corpsmanöver Morgens um  $11\frac{1}{2}$  Uhr. Der Regen hatte seit einer Stunde in Strömen gegossen und den Mantel des Kaisers vollständig durchnäht. Der Leibarzt glaubte, es sei Zeit, daß Sr. Majestät abstiege und äußerte Allerhöchst demselben seine Ansicht. Allein lächelnd erwiderte der Kaiser: „das müssen ja die Truppen auch aushalten!“ und sprengte in gespicktem Galopp davon. Erst gegen  $1\frac{1}{2}$  Uhr, als das Manöver programmatisch verlaufen und die Kritik beendet war, stieg der Kaiser vom Pferde und fuhr im Wagen in sein Logis in Ithoe zurück. Nach dem Manöver im Logis angelangt, nahm Sr. Majestät ein einfaches Frühstück, meistens aus Rossbeef und einem Glas dünnen Moselweins mit Seiterswasser bestehend, und ließ sich dann Brötchen halten. Dieses währte bis gegen 4 Uhr, um welche Zeit dann zum Dinner ausgebrochen werden mußte. Nach beendigtem Dinner begab sich der Kaiser in sein Logis zurück und arbeitete wiederum längere Zeit. Sodann wurde Abends gegen 9 Uhr der Thee eingenommen, nach dessen Beendigung sich der Kaiser wiederum in sein Arbeitszimmer zurückzog, um dort bis 12 oder manchmal  $12\frac{1}{2}$  Uhr zu bleiben. Erst dann ging der rasch thätige Monarch zu Bett. Ein einfaches Eisernes Bett, ausgestattet mit einer Rosshaarmatratze und ebensolchem Kopfkissen diente ihm zum Lager, dieselbe wollne Decke dient Winter und Sommer als Oberbett und in einer Jahreszeit wird manchmal nur noch der Mantel des Kaisers hingefügt. Und so ging es Tag für Tag; ja als die Truppen am Mittwoch, den 14. September einen Ruhetag hatten, da machte Sr. Majestät jene anstrengende Reise nach Hamburg, weil man ihn dort auch gern haben und sehen wollte, wohnte der Einweihung der Seewarte bei, fuhr auf das Heiligenfeld zu den Kriegervereinen, besuchte die Gartenbauausstellung, machte eine Promenadenfahrt an der Alster, wohnte dann dem vom Senat im Jenischen Hause gegebenen Diner bei, um dann Abends um 7 Uhr wieder nach Ithoe zurückzufahren und dort die Illumination in Augenschein zu nehmen. Am andern Morgen war er punt 9 Uhr wieder auf dem Manöverfelde! Und nach all diesen Anstrengungen nun noch eine Reise nach Kiel, wo er nicht allein dem Fest auf Bellevue bewohnte, sondern auch am darauffolgenden Tage dem Flottenmanöver von Anfang bis zu Ende mit einem Interesse folgte.

— (Ein Geschichtchen von den Schulbrüdern.) Aus Thonon in Ober-Savoyen wird folgender Fall gemeldet: Ein Protestant, welcher diese Stadt bewohnt, mußte seinen Sohn, da es eine konfessionsc. Schule dort nicht gibt, bei den Schulbrüdern der Pesten zum heiligen Josef unterbringen. Diese versprachen ausdrücklich, das Bekennnis des Knaben zu respektiren, batte sich aber aus, daß er, damit seine Mönche ihn nicht verstoßen, an dem Religionunterricht und den geistlichen Übungen der Pestalizianer teilnehme. Der Vater, durch die Zusage der Schulbrüder beruhigt, ging auf diese Forderung ein und ließ seinen Sohn eine Reihe von Jahren hi. durch in dem Pensionate. Als der Knabe endlich vor Kurzem das Institut verließ, stellte sich zum Schrecken des Vaters heraus, daß er schon vor 4 Jahren im Alter von 11 Jahren ins Geheim zum katholischen Glauben bekehrt, noch einmal getauft und schließlich von dem aus den schweizerischen Kirchenhändeln bekannten Bischof Meimillod gefürstet worden ist. Auf die Kunde von diesem Vorfall hat der Schulrat von Ober-Savoyen dem Direktor des Pensionates zum heiligen Josef die Ausübung seines Berufes in der Gemeinde Thonon untersagt, eine gewiß sehr glimpfliche Maßnahme, welche gleichwohl die ultramontane Presse in helligen Zorn versetzt.

— (Die Furcht vor Einbrechern) Londoner Blätter erzählen ein lustiges Geschichtchen, wie für eine Pose geeignet, nur daß man es in der Pose für nicht wahrscheinlich halten würde, während es sich hier in Wirklichkeit ereignet hat. Die zahl-

reichen Einbruchdiebstähle, so wird geschrieben, haben die Polizei und die Hausbewohner nervös gemacht. Alles wittert überall Einbrecher. In Balham sah Montag Nachts ein Konstabler die Seitentür eines Hauses offen stehen. Sofort vermutete er, mit einem Einbrecher zu thun zu haben, requirierte einen Kollegen und schlich vorsichtig ins Haus. Der Bewohner des Hauses hörte jemanden herumkraulen und dachte natürlich gleichfalls an Einbrecher. Mit einem Revolver bewaffnet trat er vor und eröffnete ein lebhaftes Feuer, ohne jedoch glücklicherweise Jemanden zu treffen. Die Polizisten waren nun ganz gewiß, einen Verbrecher vor sich zu haben, stürmten vorwärts und schlugen ihren Angreifer mit einem gewilligen Stockholme niede. Jetzt wurde leicht gemacht. Großes Tableau; Auflösungen und Verbund des Bewohnten beim nächsten Chirurgen.

— (Krawalle auf der Moskauer Pferdebahn.) In Moskau gab es am 30. v. M. furchtbare Krawalle, an welchen sich mehr als 200 Personen beteiligten. Den Anlaß dazu gab, wie der „Moskowskij Telegraf“ erzählt, der Vorfall, daß ein Tramwaywaggon mittler am helllichten Tage einen betrunkenen Arbeiter überfuhr, in Folge dessen Letzter eine Schulter gebrochen wurde. Im Nu sammelte sich um die Unglücksstätte eine Menge Volkes, welche den Wagon nicht weiter fahren ließ. Es entstand ein Streit, in welchen sich die Polizei mengte, indem dieselbe die Partei der Pferdebahn-Bediensteten nahm und dem Wagon zum Weiterfahren verhalfen wollte. Das erinnerte aber die Menge daran, daß sie die Pferdebahn-Bediensteten und die Polizisten zu Boden schlug und drei Waggons total zerstörte. Ein Autischer, ein Kondukteur, zwei Kontrolleure der Pferdebahn, fünf Polizisten und einige denselben zu Hülfe gerührte Hausmeister wurden von dem erbitterten Volke derart mishandelt, daß an deren Auskommen gezweifelt wird. Auch von dem Volke wurden viele verwundet, indem die Polizisten von ihren Waffen Gebrauch machten.

— Telegraphische Depeschen.  
Karlsruhe 7 Oktober. Nachter Wahlresultate. Die Liberalen verloren den Bezirk Ettenheim an die Ultramontane. Im Bezirk Lörrach-Stetten siegte der liberale Vogelbach-Däublin, im Amt Lörrach wurde Pfützer, in Karlsruhe-Stadt wurden Lamé, Kieser und Hoffmann wiedergewählt. Der Großherzog ist durch sein Unwohlsein noch ans Zimmer gefesselt.  
Agram 6 Oktober. Nach einer Melbung des „Pozor“ ist Professor Stadler zum Gebläschof von Serajevo ernannt worden.  
Paris, 6. Oktober. Das „Journal officiel“ publiziert morgen das Dekret, durch welches die Kammer auf den 28. d. M. zur Session einberufen werden.

Paris, 7. Oktober. Das „Journal officiel“ veröffentlicht heute das Dekret, durch welches die Kammer auf den 28. d. einberufen werden.  
Petersburg, 7. Oktober. Der Minister des Innern riefte gestern Nachmittag 2 Uhr mit einer längeren Rede die hier tagende Kommission, welche Mittel und Wege berathen soll, durch welche die Verbreitung der Trunksucht unter dem Volke eingeschränkt resp. verhindert werden könnte. Indem der Minister die zur Berathung hinzugezogenen Experten aus verschiedenen Gegenenden Russlands begrüßte, bekräftigte er, daß der kaiserliche Wille bereits zum zweiten Male in diesem Jahre Experten zu Berathungen von Regierungsvorlagen heranzuziehen befohlen habe, damit dieselben die Lebensfragen des Volkes mit ihren Erfahrungen entscheiden könnten. Hierauf ergriffen die Minister der Domänen und Finanzen, Ostromsky und Bunge in kurzen Reden das Wort. Zum Präsidenten wählte die Kommission den Fürsten Schtscherbow.

Petersburg 7 Oktober. Das „Journal de St. Petersburg“ kommt auf die Behauptung der „Times“ zurück, daß die egyptische Frage jetzt eine orientalische Frage geworden sei und meint, das englische Blatt habe damit begreiflich machen wollen, daß die egyptischen Angelegenheiten nun nicht mehr von den beiden Mächten, welche am meisten an der finanziellen Verhaltung des Reichs und an den Forderungen der Gläubiger interessiert sind, behandelt und gelöst werden könnten. Es gebe politische Interessen allgemeiner Art, für deren Lösung eine bisreligiöse Aktion der Kabinete von London und Paris durchaus nicht möglich sei.

Petersburg, 7. Oktober. Der „Porjatok“ meldet: Nach Mitteilung aus der hiesigen türkischen Polizei hatte der Bosnische Schahli Pascha in der letzten Zeit häufig mit dem Leiter des auswärtigen Amtes, v. St. Petersburg, Unterredungen über die laufenden politischen Fragen. Hauptsächlich sei die Frage wegen des Modus der Zahlung der Kriegscontribution Seltens der Türkei an Russland berührt worden. Hinsichtlich der neuen Regierung in Bulgarien habe Schahli Pascha erklärt, die Türkei sehe in dem gegenwärtigen durch die Bevölkerungen Russlands geregelten Zustande eine hinsichtliche Garantie für die Aufrechterhaltung des Prinzip, welches die Türkei bei ihrer Politik auf der Balkanhalbinsel verfolgt. Die Türkei sehe die leichte Veränderung der Regierung für die Rettung Bulgariens an. Die Frage wegen der Souveränität sei im Prinzip bei beiden Reichen entschieden. Was die armenische Reformfrage angehe, so sei die Ausführung derselben durch die Ereignisse in Egypten, sowie durch die Unruhen der kurdischen Stämme verbündet worden. Schahli Pascha ist auf weitere 3 Jahre am hiesigen Hofe als Botschafter akkreditirt.